

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 84 6 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Eler MdB bewertet den Verteidigungshaushalt '90: Ein Dokument des „status quo minus“.

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB beobachtet den Sonderparteitag der niederländischen Sozialdemokraten: PvdA setzt auf Regierungsverantwortung.

Seite 3

Dr. Hermann Scheer MdB verlangt von der CDU offizielles Bekenntnis zur polnischen Westgrenze: Ausweichen hilft nicht.

Seite 6

44. Jahrgang / 130

11. Juli 1989

Der Verteidigungshaushalt '90

Ein Dokument des „status quo minus“

Von Gernot Eler MdB

Stoltenberg, früher selbst sturer Blockierer von Einzelressortwünschen an seine Kasse, hat von seiner Erfahrung als Finanzminister nicht profitiert: mit seinen Wünschen zum Verteidigungshaushalt '90 lief er bei Waigel auf, der offenbar von ihm gelernt hat. Statt mit gewünschten 55,5 Milliarden muß der Hardthöhenchef mit 54,47 auskommen. Das sind 3,3 Prozent mehr im Vergleich zum tatsächlich verfügbaren Soll des Haushalts 1989 (im Plafond-Vergleich: + 2,2 Prozent). Damit hat Stoltenberg sein selbstgesetztes Ziel, nämlich ein Wachstum des Verteidigungshaushalts deutlich über dem Durchschnittsmehr des Bundeshaushalts '89 von 3,4 Prozent eindeutig verfehlt. Es bleibt beim 18-Prozentanteil für die Verteidigung im Bundesetat.

Diese Niederlage läßt sich von zwei Seiten betrachten. Noch kürzlich hatte sich Stoltenberg in Brüssel mit den anderen NATO-Verteidigungsministern in die Hand versprochen, die Verteidigungsetats um real drei Prozent zu steigern. Dieses Ritual ist wirklich nur noch ein Witz, dessen Pointe durch die Einführung des neudeutschen Wortes „Bemühensklausel“ für das unhaltbare Versprechen noch bereichert wurde. Setzt man die 54,47 Milliarden aber in die Landschaft der schrittweisen Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes mit den sich bereits vollziehenden einseitigen Abrüstungsmaßnahmen Osteuropas und den Kürzungen des Militäretats in Moskau, dann steht diese Summe da wie ein plumper Kartoffelsack in einem Nelkenfeld.

Man muß mit der Lupe suchen, wenn man in Stoltenbergs Erstlingswerk irgendeine Reaktion auf die tatsächliche Bedrohungslage finden will. Umfang und Struktur passen besser ins Jahr 1960 als ins Jahr 1990. Die Veraltung des Denkens hat auf der Hardthöhe inzwischen das Ausmaß einer ganzen Generation angenommen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollem Rohstoff
Recyclingpapier



Man könnte einwenden, immerhin gebe es erstmals Geld für Rüstungskontrolle. Tatsächlich mußte das BMVg auf eine Frage von mir vom 17. März dieses Jahres einräumen, daß es in der Bundeswehr nicht einmal genügend ausgebildete Kräfte gibt, um bereits vereinbarte Maßnahmen zur Verifikation, Kontrolle und Vertrauensbildung auch wahrzunehmen. Dem soll jetzt durch die Ausweisung von ganzen 5,7 Millionen DM und der Umwidmung von 49 Dienstposten abgeholfen werden. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, in welchem Mißverhältnis bei uns Sonntagsreden über den Frieden und die konkrete Vorbereitung auf den Ernstfall der Abrüstung stehen. Das leise Zischen, mit dem sich der besagte Tropfen auf den heißen Stein verflüchtigt, bleibt die einzige verfolgbare Spur zeitgeschichtlicher Veränderungswirkungen auf den deutschen Milliardenhaushalt für Verteidigung.

Anderen, schon bekannten Fehlentwicklungen schaut Stoltenberg regungslos zu: wieder einmal wachsen die Kosten für Personal, Materialerhaltung und Betriebsausgaben überproportional. Damit verringert sich der Anteil der überhaupt noch bewegbaren Haushaltsmittel weiter und liegt jetzt gerade noch bei etwas über 32 Prozent. Im investiven Bereich breiten sich die beiden Superprojekte „Jäger 90“ und „PAH 2“ weiter aus und verengen dort den Handlungsspielraum. Vor dieser Entwicklung hat der Finanzpolitiker Stoltenberg früher selber gewarnt, achselzuckend schreibt er sie jetzt bis in die Mitte der 90er Jahre fest.

Das Minus von 4,4 Prozent bei der militärischen Beschaffung wird mehr als ausgeglichen durch das Plus von 16,3 Prozent bei den nationalen wie NATO-Infrastrukturmaßnahmen, sprich militärischen Bauten. Dieser Bauboom wirkt sich besonders verhängnisvoll an der Schnittstelle Bundeswehr-Bürger aus. Die Leute verstehen nicht, daß trotz Wien, Genf und der ganzen euphorischen Gipfeldiplomatie der Abrüstung vor ihren Haustüren Truppenübungsplätze erweitert, Militärflughäfen ausgebaut und neue Depots angelegt werden müssen. Hinter diesem 16,3 Prozent-Zuwachs stehen reihenweise örtliche Konflikte von betroffenen Bürgern mit Staat, Bundeswehr und NATO, die mit Recht fragen, wie der anvisierte Erfolg drastischer konventioneller Abrüstung in Wien innerhalb von sechs bis zwölf Monaten mit einem derart klotzigen Infrastruktur-Ausbauprogramm zu vereinbaren ist.

Da sollte Stoltenberg nicht denken, er könnte sich mit der Milliarde ins rechte Licht stellen, die angeblich für den Schutz der Umwelt angelegt worden ist. Wer den Ausbau von militärischen Stützpunkten in Großbritannien und Kanada und die Beschaffung von superteurer Simulatortechnik als Umweltschutzmaßnahmen ausweist, rechnet auf die Verblödung der Öffentlichkeit. Nach diesem Muster sind Zweitwohnungen der Bundesminister im Tessin oder an der Costa Brava aktive Beiträge zum Umweltschutz - weil sie ihre Besitzer für ein paar Wochen im Jahr davon abhalten, die Bundesrepublik zu verunreinigen. Nein, Herr Stoltenberg, für diesen Etikettenschwindel, den ihre beiden Vorgänger schon mit Inbrunst eingefädelt haben, sollten Sie sich wirklich nicht hergeben!

Schon jetzt wirbelt auch das 400 Millionen schwere sogenannte „Attraktivitätsprogramm“ viel Staub auf. Es umfaßt 1.525 Personalstellenverbesserungen, Leistungen im Wohn- und Arbeitsumfeld der Soldaten und dabei besonders Modernisierungsmaßnahmen in Kasernen (statt 10.000 sollen ab sofort 20.000 Kasernenplätze pro Jahr renoviert werden). Die Hardthöhe will damit ihre Chancen im Kampf um die knapper werdenden jungen Männer verbessern. Immerhin ist ihr dies 0,7 Prozent ihrer Mittel wert. Ziemlich mutig, wenn man bedenkt, was in letzter Zeit alles über „Akzeptanz- und Legitimationskrise“ der Bundeswehr öffentlich diskutiert worden ist und daß allein 1989 schon ein Schwund von zehn Prozent bei den Neuverpflichtungen zu verzeichnen ist. Die frisch gestrichene Kaserne soll's bringen. Sie wird es nicht.

Der Verteidigungshaushalt '90 ist ein Dokument „Status quo Minus“. Da, wo zentrale gesellschaftliche Herausforderungen zu beantworten wären, begnügt er sich mit Placebos. Wo es um die Hauptmasse der Mittel geht, schreiben sich die Fehlentwicklungen selber fort mit der Tendenz: bald brauchen wir keine politische Kontrolle mehr, da ohnehin jede auszugebende Mark schon auf Jahre hinaus festgelgt ist. Neue politische Auseinandersetzungen mit den Bürgern bei der Exekution dieses Haushalts sind programmiert. Stoltenberg geht einen schweren Weg.

(-/11.7.1989/vo-he/st)

Wim Kok Spitzenkandidat für die Parlamentswahl am 6.9.89

Die niederländische Partei der Arbeit setzt auf Regierungsverantwortung und Pragmatismus

Von Ernst Waltemathe MdB

Sonderparteitage zur Verabschiedung eines Wahlprogramms sind auch bei deutschen Sozialdemokraten nicht gerade Höhepunkt innerparteilicher Auseinandersetzungen. Das System eines niederländischen Parteitages aber läßt Höhepunkte der Debattierkunst vollends vermissen.

Wahlprogramm: Sozial und ökologisch orientiertes Konzept von Wirtschaftswachstum

Der Parteivorstand hat ein ausführliches Programm vorgelegt, von welchem einige Kapitel von vornherein als „nicht durch Anträge veränderbar“ abgedruckt wurden, während andere Kapitel der Beeinflussung durch Delegierte offengestellt sind. Die strenge Geschäfts- und Debattenordnung läßt lebendige Diskussionen allerdings nicht zu und verhindert Überraschungen. Der Parteivorstand hat als Antragskommission schon im Vorwege klar Regieanweisungen in gedruckter Form verabschiedet, wie mit Änderungsanträgen umzugehen ist. Das Parteitagspräsidium achtet streng darauf, daß keine Zufallsmehrheiten gegen Empfehlung des Parteivorstandes entstehen. Die Debatte selbst ist für uns ungewöhnlich:

Das Wahlprogramm wird kapitelweise aufgerufen, Änderungsanträge zu allen möglichen Themen werden kurz (Redezeit eine Minute!) durcheinander begründet, dann kommt der Parteivorstand zu Wort und dann finden die Abstimmungen statt. Anders als bei uns gibt es also zu Einzelanträgen praktisch keine Einzeldebatte mit einem Abstimmungsergebnis, was die Langweiligkeit der Prozedur noch verstärkt.

Praktisch sind außer einigen Nuancen die Generallinien geblieben. Daraus wird gleichzeitig eine Entwicklung erkennbar:

- a) Vor drei Jahren beschlossen die niederländischen Sozialdemokraten, nicht mehr das niederzuschreiben, was sie nicht wollen, sondern eigene Ziele und Maßstäbe als Inhalt des Parteiprogramms aufzuschreiben.
- b) Jetzt wurde verabschiedet, was die Partei der Arbeit sich zutraut, in die Wirklichkeit umzusetzen, falls sie den Premierminister stellen beziehungsweise was sie in Koalitionsverhandlungen, insbesondere mit dem CDA, an eigenen Vorstellungen einbringen wollen.
- c) Ganz unverkennbar ist es dem Parteivorstand und der Parlamentsfraktion gelungen, die Mitgliedschaft darauf einzustimmen, sich nicht länger auf utopische Idealvorstellungen zu versteifen und dafür in der Opposition zu bleiben.

Nach praktisch zwölf Jahren seit der Ablösung der Regierung den Uyl beziehungsweise einer Partnerrolle wollen die Sozialdemokraten endlich wieder an der Regierungsmacht teilhaben.

Marjanne Sint: Pragmatismus ist gefragt

Marjanne Sint ist die Vorsitzende der Partei. Sie ist damit aber nicht in einem politischen Sinne die bestimmende Person, sondern eher auf eine Rolle als innerparteiliche Geschäftsführerin festgelegt. Sie hat seit ihrer Wahl vor rund zweieinhalb Jahren den Weg freigemacht für eine unangefochtene politische Führungsrolle von Wim Kok, dem Fraktionsvorsitzenden der Zweiten Kammer und jetzigen Spitzenkandidaten. In ihrer Ansprache und einigen Interventionen hat sie unmißverständlich klargemacht, daß das Zusammenspiel der beiden Führungsfiguren perfekt funktioniert. Sie hat die Rolle der Partei auf eine dienende und unterstützende Funktion festgelegt.

Wörtlich: „Die Wirklichkeit ist, daß Sozialdemokraten immer haben leben müssen mit einem Spannungsverhältnis zwischen Idealen und Möglichkeiten. Zwischen Höhenflügen und Realitätssinn. Unsere Kraft lag immer darin, Fortschrittsglauben und Idealismus mit dem Durchsetzbaren zu versöhnen.“

„Wir spiegeln niemandem etwas vor, was wir nicht wahrmachen können. Wer die größten Worte gebraucht, hat nicht am meisten recht, aber Politik ist mehr als eine seelenlose Auflistung von Zahlen.“

„Wir werden unsere Prinzipien nicht verleugnen. Ausverkauf von Idealen ist nicht angesagt. Aber scharfe Grenzen, unverhandelbare Punkte, Mindestforderungen, passen nicht in die Realität der niederländischen Politik. It takes two to tango und in der holländischen Politik sogar drei.“

„Wir sind zu lange von der Macht ausgeschlossen gewesen. In den nächsten vier Jahren wird und muß dies sich ändern.“

Wim Kok: Nach 20 Jahren ein neuer Spitzenkandidat

Zum Schluß des Parteitages wurde mit standing ovations Wim Kok als Spitzenkandidat nominiert. In seiner Schlußansprache hat er folgende Ziele deutlich gemacht:

1. Ziel: Regierungsverantwortung
2. Ziel: Wiederherstellung des Vertrauens und von Ehrlichkeit und Integrität in der Politik.
3. Ziel: Recht auf Arbeit ausdrücklich auch für surinamische, türkische, marokkanische und sonstige Einwohner ausländischer Herkunft in den Niederlanden.
4. Ziel: Bekämpfung von Armut und Verwahrlosung und Wiederherstellung einer Ankoppelung von Sozialleistungen an die Entwicklung des Lohnniveaus.
5. Ziel: Aktive Umweltpolitik und Umschaltung der Ökonomie nach „schwedischem Modell“ Konkret: Verdoppelung der Umweltschutz-Investitionen.
6. Ziel: Bildung und Fortbildung intensivieren.
7. Ziel: Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Auf einen konkreten Prozentsatz (1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts) wollte sich Kok nicht einlassen, kündigte aber konkret an, daß zusätzlich zu dem bisherigen Entwicklungsbudget Hilfe bei der Schuldenstreichung von Entwicklungsländern und ebenfalls zusätzlich Umweltprojekte in Entwicklungsländern finanziert werden sollen.
8. Ziel: Keine Steuersenkung! Angesichts eines Programms für mehr Arbeitsplätze, für größere soziale Gerechtigkeit, für bessere öffentliche Vorsorge einschließlich Streichung von Patienten-Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, für mehr Natur- und Umweltschutz und für mehr kulturelle und bildungspolitische Arbeit gibt es für Sozialdemokraten keinen Spielraum für Steuersenkungen in den kommenden vier Jahren.

9. Ziel: Senkung der Verteidigungsausgaben. Hier waren Parteitageanträge auf Nennung einer konkreten Zahl (fünf Prozent real pro Jahr) gescheitert an dem Hinweis, daß die Entwicklung der Abrüstung zwischen Ost und West abgewartet werden müsse. Aber Kok machte deutlich, daß zum einen eine Umkehr vom NATO-Ziel (drei Prozent reale Steigerung pro Jahr) gefordert ist, zum anderen, daß Verträge sowohl über Kernwaffen als auch über konventionelle Waffen nötig sind und daß taktische Kernwaffen in Westeuropa nicht benötigt werden. Kok betonte, daß Entspannungspolitik auch bedeutet, mehr Aufmerksamkeit für nichtmilitärische Sicherheitsfragen aufzuwenden. Es müsse gelingen, mehr Spielraum zu erkämpfen für einen besseren Umweltschutz auch in Osteuropa. Ein Kraftwerk in Polen verschmutzt die Umwelt 40mal mehr als ein niederländisches. Deshalb müsse mit Verteidigungsgeldern aus Ost und West gegen die Bedrohung der Umwelt gekämpft werden.

Auch Kok betonte, daß das Wahlprogramm der PvdA ein realistisches und durchgerechnetes ist:

Wörtlich: „Ich will nicht hören, daß ein Vorschlag, ein Ziel oder ein Ideal seinen Wert verliert, wenn man angibt, wie es in die Wirklichkeit umgesetzt wird.“

„Natürlich ist die Partei der Arbeit zur Zusammenarbeit bereit. Aber wir wollen nur regieren, wenn unser Programm deutlich in einer Regierungserklärung erkennbar wird.“

Es ist Zeit für eine andere Regierung

Trotz des Auseinanderbrechens der von CDA und rechtsliberaler VVD gebildeten Regierungskoalition im Mai 1989 hat die PvdA bei der Europawahl keine Zugewinne verzeichnen können. Sie stellt zur Zeit mit 52 Sitzen ein gutes Drittel der 150 Mitglieder der niederländischen Zweiten Kammer. Die verpaßte Generalprobe am 15. beziehungsweise am 18. Juni 1989 soll am 6. September 1989 zu einer glanzvollen Premiere führen. Die aufgekommene „grüne Linke“ kommt wegen zu unseriöser Maximalforderungen als Koalitionspartner zur Zeit wohl kaum in Frage. Die Rechtsliberalen scheiden schon deshalb als Partner aus, weil mit ihnen weder eine soziale noch eine ökologische Orientierung durchsetzbar wäre.

Da das niederländische Wahlsystem eine Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht kennt und weil traditionell nie eine Partei eine absolute Mehrheit erringt, dürfte trotz eines kurzen und heftigen Wahlkampfes auch gegen den CDA letztendlich eine Regierungsübernahme oder Regierungsbeteiligung nur mit den Christdemokraten infrage kommen.

(-/11.7.1989/vo-he/st)

Ausweichen hilft nicht

CDU muß sich endlich durch einen Parteitagsbeschluß dazu bekennen,
die polnische Westgrenze nicht mehr infrage zu stellen!

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Die neue Debatte in der Union über die Oder/Neiße-Grenze ist eigentlich nicht überraschend. Erstaunlich ist nur, daß sie so spät kommt, denn die CDU ist bisher einer Parteitagsentscheidung über diese Frage stets ausgewichen.

Bundeskanzler Kohl wollte sich unter Umgehung einer solchen Grundsatzentscheidung seiner Partei in eine realistische Ostpolitik einsitzen - nun ereilen ihn die Geister, die er in der Flasche gelassen hat.

Nicht einmal die Junge Union hat es bisher geschafft, die polnische Westgrenze als engültig anzuerkennen - auf dem Deutschlandtag der Jungen Union im Jahr 1984 hatte dies ihr Bundesvorstand mit einem entsprechenden Antrag versucht, scheiterte aber bei der Abstimmung. Was für die Junge Union schon gilt, gilt erst recht für die CDU insgesamt: sie hat es nicht gewagt, sich offiziell zu diesen Schlüsselentscheidungen der Entspannungspolitik zu bekennen. Statt dessen setzte die CDU-Führung seit der Übernahme der Regierungsverantwortung innerparteilich auf die „normative Kraft des Faktischen“. Sie wich einer klaren Entscheidung aus. Jetzt steht sie vor dem Scherbenhaufen ihres Opportunismus gegenüber ihrem eigenen rechten Flügel und gegenüber dem deutschnationalen Teil ihrer Wählerschaft.

Daß Bundeskanzler Kohl keine Diskussion in der CDU über die polnische Westgrenze wünscht, ist also nichts Neues. Aber er muß, wenn er seiner Verantwortung als Bundeskanzler und gleichzeitiger Vorsitzender der CDU gerecht werden will, diese Diskussion jetzt führen und eine klare Entscheidung des nächsten CDU-Parteitages für eine verbindliche Respektierung der polnischen Westgrenze herbeiführen. Weicht er dieser Entscheidung weiter aus, riskiert er ein gefährliches Schlingern der Bundesrepublik Deutschland - und gefährdet mehr, als er jetzt noch ahnt.

Wir werden Kohl daran messen, ob er auf dem nächsten CDU-Parteitag im Herbst 1989 zu einer solchen Entscheidungsvorgabe in der Lage ist. Weicht er dieser aus, wird er - auch wider eigene Absichten - mit der CDU zu einem Sicherheitsrisiko.

(-/11.7.1989/vo-he/st)

* * *